

Jonas Rugenstein

Nach der günstigen Gelegenheit

Die Entwicklung der LINKEN in
Westdeutschland nach 2009

GÖTTINGER JUNGE FORSCHUNG

Schriftenreihe des Göttinger Instituts für Demokratieforschung

Herausgegeben von Dr. Robert Lorenz und Dr. Matthias Micus

ISSN 2190-2305

12 *Jens Gmeiner*

Abschied von der sozialdemokratischen Hochburg
Schweden?

Herausforderungen, Reformen und Perspektiven der schwedischen
Sozialdemokratie nach dem Machtverlust 2006

ISBN 978-3-8382-0411-6

13 *Klaudia Hanisch*

Links in Polen

Krytyka Polityczna und die Tradition der osteuropäischen
Intelligenz

ISBN 978-3-8382-0433-8

14 *Bastian Brandau*

Fünf Sterne gegen Berlusconi

Das *Movimento 5 Stelle* und sein Weg in die italienische Politik

ISBN 978-3-8382-0488-9

15 *Christin Leistner*

Gerd Poppe

Ein unangepasstes Leben in der DDR

ISBN 978-3-8382-0500-7

16 *Miriam Zimmer*

Assimilation und religiöse Organisation

Eine organisationssoziologische Studie zu Überlebensstrategien
ethnischer Kirchen

ISBN 978-3-8382-0502-1

17 *Michael Schlieben*

Politische Karrieren in der Bundesrepublik

Studien über Aufstieg und Scheitern

ISBN 978-3-8382-0517-5

Jonas Rugenstein

NACH DER GÜNSTIGEN GELEGENHEIT

Die Entwicklung der LINKEN in
Westdeutschland nach 2009

ibidem-Verlag
Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

Coverabbildung: Bayerischer Wahlkampf - Teil 2, Augsburg, September 2009. Foto: Oscar Tramor.
Quelle: <http://www.flickr.com/photos/oscar-tramor/2860456864/>. Abdruck mit freundlicher Genehmigung.

∞

Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier
Printed on acid-free paper

ISSN: 2190-2305

ISBN-13: 978-3-8382-0528-1

© *ibidem*-Verlag
Stuttgart 2013

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electrical, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort: Betrachtung einer Partei in der Krise	7
<i>von Robert Lorenz und Matthias Micus</i>	
Göttinger Junge Forschung	25
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	31
1. Einleitung	33
1.1 Theoretischer Rahmen	36
1.2 Forschungsstand	43
1.3 Methodik und Vorgehen	44
1.4 Gliederungsaufbau	47
2. Die Vorgeschichte: die PDS in den alten Bundesländern	49
3. Die Euphorie des Erfolgs: die LINKE von 2005 bis 2009	57
4. Nach der günstigen Gelegenheit: die LINKE in einer gewandelten Umwelt	69
4.1 Die Verschiebungen im Parteiensystem	70
4.2 Die Protestlandschaft im Wandel	82
4.3 Der neue Platz im Parteiensystem nach 2009	88
5. Nachlassende Mobilisierungskraft: die LINKE bei den Landtagswahlen	92
5.1 Die Sozialstruktur der Wählerschaft	94
5.2 Zwischen Verlusten und Zugewinnen: die Stammwählerschaft	100
5.3 Die Motive der Wählerschaft und das Image der LINKEN	104
5.4 Die Mobilisierungsschwäche der LINKEN in Westdeutschland	109

6. Ein Blick ins Innere: die Parteiorganisation	113
6.1 Die Parteiorganisation im Wachstum	115
6.2 Die Folgen der organisatorischen Ausdifferenzierung	118
6.3 Die Mitglieder und ihre Rolle in der Organisation	122
6.4 Kohäsion und Konflikte	129
6.5 Die Handlungs- und Strategiefähigkeit	132
7. Konklusion und Ausblick	137
Literaturverzeichnis	145
Dank	159

Vorwort: Betrachtung einer Partei in der Krise

Robert Lorenz / Matthias Micus

„Solche Bestrebungen hat es schon viele gegeben, sie sind alle gescheitert.“¹ Mit diesen Worten schwor der damalige SPD-Generalsekretär Olaf Scholz im Frühjahr 2004 die Funktionäre seiner Partei auf den politischen Kampf gegen die gerade neuentstandene Konkurrenz *Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit* ein. Die Zukunft widerlegte allerdings diese historisch zunächst gestützte Bemerkung aus der sozialdemokratischen Parteispitze. Denn anfänglich sprach viel für die Prognose von Scholz: In der deutschen Parteiengeschichte ist die Beständigkeit einer Partei links von der SPD ein Novum. Nie hat es bis dahin eine Organisation geschafft, sich als linke, neosozialdemokratische Alternative zur SPD zu etablieren. In der Weimarer Republik scheiterten die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)* und die *Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)* jeweils als Splittergruppen. Die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)* bzw. *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)* blieb in der Bundesrepublik ein randständiges Phänomen. In den frühen 1980er Jahren gründeten sich dann die *Demokratischen Sozialisten* als politische Initiative aus Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Friedens- und Sozialpolitik, waren kurzzeitig Anlaufpunkt enttäuschter SPD-Mitglieder und Gewerkschafter, scheiterten jedoch noch vor der Bundestagswahl 1983.² Und selbst die PDS blieb im Grunde als

1 Olaf Scholz zitiert nach o.V.: Neue Linkspartei: Scholz droht Abweichlern mit Rausschmiss, in: Spiegel Online, 13.03.2004, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neue-linkspartei-scholz-droht-abweichlern-mit-rausschmiss-a-290457.html> [eingesehen am 11.02.2013].

2 Vgl. Schlecht, Michael: Strategische Fragen der Linken, in: Sozialismus, H. 6/2011, S. 30-35, hier S. 31.

ostdeutsche Identitätspartei geografisch auf einen Teil der Republik beschränkt.

Im Unterschied dazu erwiesen sich die SPD-Dissidenten des Jahres 2004 regelrecht als Autoren einer Erfolgsgeschichte: Sie schufen eine organisierte Plattform und gingen ein Jahr später ein Wahlbündnis mit der PDS ein, gelangten anschließend mit einer gemeinsamen Fraktion in den Bundestag und fusionierten 2007 schließlich zur LINKEN. Die neue Linkspartei startete als furioses Projekt, denn in vielen Bundesländern schaffte sie auf Anhieb den Sprung ins Parlament, was besonders dort verwunderte, wo die frühere PDS jahrelang völlig erfolglos gewesen war. Bei der Bundestagswahl 2009 gelang der LINKEN dann nicht nur der Wiedereinzug in den Bundestag, obendrein vergrößerte sich die Fraktion von 54 auf 76 Abgeordnete. Aufgrund der – zwangsläufig – noch kurzen Lebensdauer der LINKEN ist freilich noch immer offen, ob sie sich zu einem dauerhaften Bestandteil des deutschen Parteiensystems entwickelt oder lediglich eine historische Fußnote verbleibt. Wie lange letztlich die Parteigeschichte auch andauern mag: Die Zeit zwischen 2005 und 2010 wird in ihrer Historie vermutlich als außergewöhnliche Phase des Erfolgs erinnert werden.

Denn am Anfang, zwischen 2005 und der offiziellen Zusammenführung von WASG und PDS im Jahr 2007, war die Gründung der LINKEN keineswegs ausgemacht. Die Skepsis Außenstehender ist für die Linkspartei eine ständige Begleiterin gewesen: Viele Beobachter und Kommentatoren bezweifelten bereits die Beständigkeit jenes politischen Zusammenschlusses aus zahlreichen abtrünnigen Sozialdemokraten, das sich seinerzeit unter dem sperrigen Kürzel „WASG“ formierte. Als ein Jahr später die Politikaussteiger Oskar Lafontaine und Gregor Gysi aus ihrem vorzeitigen Ruhestand auf die politische Bühne zurückkehrten, um ein Linksprojekt anzuführen, das die Gründung einer neuen Partei beabsichtigte, vergrößerten sich sogar noch diese ohnehin nicht geringen Zweifel an den Erfolgsaussichten eines solchen Unterfangens. Denn mit Lafontaine und Gysi sollten künftig ausgerechnet zwei als Polit-Diven bekann-

te Starpolitiker zusammenarbeiten, dem Image nach einer disziplinoser und machtbewusster als der andere. Dabei trugen sie dann in der Tat viel dazu bei, dass das Bündnis funktionierte.³ Als ausgezeichnete Redner und Medienmagneten mit hohem Nachrichtenwert verschafften sie der Linkspartei Aufmerksamkeit, Mitglieder und Wähler. Natürlich leisteten sie all dies nicht alleine; sie waren auf die Tatkraft von Funktionären und Aktivisten angewiesen, auch auf andere Angehörige der Parteielite, die ihre Schwächen ausglich. Aber ohne ihren spezifischen Charme und ihre mobilisierende wie provokante Rhetorik hätte das Projekt vermutlich einen anderen Ausgang genommen. Ihr Beitrag zur Entstehung und Wirkung der LINKEN sollte nicht unterschätzt werden.

Allerdings erkaufte Lafontaine, Gysi, auch der Ko-Parteivorsitzende Lothar Bisky den zeitweiligen Erfolg zu einem hohen Preis: der aufgeschobenen Parteikrise. Einige Teile, die sich zur späteren Partei zusammenfügten und dort konfliktverstärkend wirkten, besaßen dieses Potenzial, für gehörige Turbulenzen zu sorgen, schon immer, waren jedoch eine Zeitlang diszipliniert, unterdrückt oder marginalisiert worden, bis sie nach der Bundestagswahl 2009 ihren Einfluss auf die Parteientwicklung schlagartig vergrößerten. Beginnen wir in der PDS: In den westdeutschen Bundesländern vermochte es die PDS nicht, zu einem politisch relevanten Faktor zu werden, bspw. Landtagsfraktionen aufzubauen. Die dortigen Parteistrukturen waren stets in einem rudimentären Stadium verblieben – es gab sie, aber viel mehr auch nicht. Die West-PDS war ein undurchsichtiges Sammelbecken für Gruppen und Personen, die es andernorts nicht geschafft, ihre Ambitionen jedoch noch nicht aufgegeben hatten.⁴ Dazu gehörten Kommunisten

3 Vgl. hierzu Lorenz, Robert: „Techniker der ‚kalten Fusion‘“. Das Führungspersonal der Linkspartei, in: Spier, Tim et al. (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 275-323.

4 Vgl. hier und im Folgenden Koß, Michael: Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen, in: Spier, Tim et al. (Hrsg.):

und Maoisten, aber auch jugendliche Dilettanten, die Politik machen wollten, nur nicht so recht wussten wie. Innerhalb der ostdeutsch dominierten PDS waren die Parteigenossen im Westen schlechterdings das *enfant terrible*. Sie hielten sich nicht an Parteitagsbeschlüsse, sperrten sich noch mehr gegen Anordnungen aus dem Bundespartei Vorstand, ließen sich also von nichts und niemandem etwas sagen. Die Bundespartei Führung verzweifelte an der West-PDS, unterstützte sie aber mit Geld und beließ sie ansonsten in ihrem desolaten Zustand. Die Wahlerfolge in den ostdeutschen Bundesländern waren eine Zeitlang groß genug, um notgedrungen auf die Filialen im Westen verzichten zu können. Im Westen gab es 2002 nicht einmal 5000 Parteimitglieder, während die ostdeutschen Landesverbände mit mehr als 60.000 Mitgliedern weit darüber lagen. Der „Aufbau West“ verharrte auf einem niedrigen Niveau und bestand als ein Projekt fort, das offenbar partout nicht zu funktionieren schien. Die PDS und die alten Bundesländer der einstigen Bonner Republik – das wollte einfach nicht zusammenpassen. Vor allem war die politische Kluft zwischen beiden Parteibereichen groß: Während etliche Funktionäre um den Parteivorsitzenden Lothar Bisky versuchten, die PDS zu einer bundesweit wählbaren Volkspartei zu trimmen, waren die westlichen Landesverbände verhältnismäßig stark mit Personal der als extremistisch verrufenen DKP durchsetzt. Die PDS-Strukturen im Westen der Republik bargen also reichlich Konfliktpotenzial. Ähnliches galt für die WASG.

Sie war zu großen Teilen eine Gründung von Gegnern der rot-grünen Reformagenda. Ende 2003 verfasste der Gewerkschafter Ralf Krämer ein Papier, das den für sich selbst sprechenden Titel „Für eine wahlpolitische Alternative 2006“ trug.⁵

Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 117-54.

5 Vgl. hierzu Hiller, Philipp: WAS Gelingt der PDS? Die Fusion zur Partei DIE LINKE: Geteilte Basis, vereinte Fraktion? Gemeinsamkeiten und Differenzen bei den Einstellungen der Mitglieder sowie der Arbeit der Bundestagsabgeordneten aus der WASG und der Linkspartei.PDS, Hamburg

Darin forderte er, dass auf die Agenda 2010 mit einer neuen parlamentarischen Opposition reagiert werden müsse, die überdies im Verbund mit außerparlamentarischen Gruppen und Organisationen stehen sollte. Viele sozialdemokratische Funktionäre, Mitglieder und Wähler empfanden Gerhard Schröders „Agenda“ als schwerwiegenden Eingriff in den deutschen Sozialstaat, den es doch als Errungenschaft eigentlich zu verteidigen gelte. Das Wesen der Agenda-Politik – „aktivierender Sozialstaat, Fordern und Fördern, Selbstbeteiligung und Eigenverantwortung, Investition statt Konsumtion“⁶ – behagte vielen Sozialdemokraten offenkundig ganz und gar nicht. Über die offiziellen Parteigremien ließ sich kaum etwas gegen die neue Politik ausrichten, vier Fünftel der Delegierten eines SPD-Sonderparteitags gaben im Juni 2003 ihre Einwilligung, ein innerparteiliches Korrektiv zum Mehrheitsbeschluss existierte nicht. Daraus erwuchs bei manchen Genossen offenkundig ein separatistisches Ansinnen.

Das Gründungsmoment ist bemerkenswert: Nicht erst die Piraten, sondern die WASG konstituierte sich mithilfe des Internets. Krämers Memorandum kursierte zunächst als E-Mail und erging auf diese Weise an eine Reihe von Personen aus seinem Bekanntenkreis, bei denen es auf reges Interesse stieß. Denn Krämer traf in der damaligen Gemütslage, im „Sommer des Unmuts“⁷, vermutlich den richtigen Ton, fand die angemessenen Worte und formulierte begeisterungsfähige Thesen. Der Gewerkschafter Krämer spielte dabei seine Kontakte aus, lancierte sein Papier u.a. an geneigte Leser wie die DGB-Gewerkschaften, die *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, die Redaktion des *Sozialismus* und die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*. In verschwörerischer Manier versammelten sich die Ini-

2010 (Dissertation), S. 44 ff., URL: <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2010/4645/pdf/HILLERDISS.pdf> [eingesehen am 24.05.2013].

6 Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 253.

7 Herzinger, Richard/Randow, Gero v.: Im Sommer des Unmuts, in: Die Zeit, 12.08.2004; vgl. auch Bönisch, Georg et al.: Das verunsicherte Volk, in: Der Spiegel, 16.08.2004.

tiatoren im Berliner DGB-Haus zu einem ersten Treffen, bald schon rekrutierten sie über Newsletter weitere Anhänger für ihre Idee. Computer und E-Mail-Adressen ersetzten dabei den fehlenden Parteiapparat und überbrückten geogarfische Distanzen. Insofern verdankte sich die Gründung der WASG in einem nicht unerheblichen Maße dem Internet, das die ersten Schritte erheblich erleichterte. Die konspirativ anmutende Initiative zog sich freilich den Zorn der SPD-Zentrale zu; das „Willy-Brandt-Haus“ reagierte mit Parteiausschlüssen, die allerdings die ohnehin schon große Aufmerksamkeit der Medien nur noch steigerten. Der restriktive Reflex mag dünnhäutig erscheinen – aber was blieb der Parteispitze viel anderes übrig? Jedenfalls: In der politischen Klasse war in jenen Tagen zu spüren, dass da – wenigstens für den Anfang – etwas im Gange war. Dass da für die SPD ein hartnäckiges Problem entstand, war zumindest nicht ausgeschlossen.

Und plötzlich ging alles ganz schnell. Im Rückblick scheinen sich die Ereignisse regelrecht überschlagen zu haben: 2004 entschieden sich sozialdemokratische Gewerkschafter, für die damals noch im regulären Turnus für 2006 anberaumte Bundestagswahl eine Wahlalternative jenseits der SPD aufzubauen. Unter dem Eindruck einer dem Wohlfahrtsstaat feindlich gesonnenen Politik des Bundeskanzlers Schröders, die unter besagtem Etikett „Agenda 2010“ zusammengefasst war, stieß diese Idee auf regen Zuspruch und fand insbesondere in SPD- und Gewerkschaftskreisen zahlreiche Befürworter. Dahinter stand der Gedanke, den politischen Protest der „Montagsdemonstrationen“, die sich seinerzeit als Sozialproteste gegen die Hartz-Gesetzgebung richteten – die eine „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik bezweckte, den Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen deutlich erschwerte und viele Menschen unzufrieden oder gar unglücklich stimmte –, mit einer neuen Partei in die Parlamente zu verlängern. Zwei parallel bestehende Gruppen fanden dabei zusammen: die *Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* und die *Wahlalternative*. Beide schlossen sich im Juli 2004 zum Verein *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit*

(WASG) zusammen. Im Januar 2005 erfolgte dann der nächste Schritt: In Göttingen gründete der Verein die Partei *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative*.

Damit war binnen kurzer Zeit die organisatorische Voraussetzung geschaffen, um tatsächlich an Wahlen teilzunehmen. Erstmals geschah dies anlässlich der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 22. Mai 2005. Die sozialdemokratische Politik des Sparens und Kürzens, die dem Eindruck nach mehr fordernde denn fördernde – aktivierende, wie es hieß – Arbeitsmarktpolitik, setzte große Wählerpotenziale frei, die von einer neuen Linkspartei in der Rolle der Bewahrerin wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften aufgegriffen werden konnten. Die WASG alleine schien diese aber nicht binden zu können, verbuchte – je nach Sichtweise immerhin oder lediglich – rund 182.000 Stimmen bzw. 2,2 Prozent – die PDS erhielt mit rund 73.000 deutlich weniger als die Hälfte an Zuspruch. Als Bundeskanzler Gerhard Schröder dann nach dem Debakel in den nordrhein-westfälischen Wahllokalen sofortige Neuwahlen forderte, Bundespräsident Horst Köhler daraufhin am 21. Juli 2005 den Bundestag auflöste und für den Herbst eine vorgezogene Bundestagswahl anberaumte, beschlossen PDS und WASG eine gemeinsame Kandidatur und auf mittlere Frist sogar eine Parteifusion. Denn mit Oskar Lafontaine hatte sich inzwischen ein geeigneter Kopf, ein Charismatiker mithin gefunden, der sich an die Spitze dieses Bündnisses stellte. Damit war das Projekt einer mittelgroßen Linkspartei jenseits der SPD geboren. Knapp zwei Jahre lang beschäftigte sich die politische Sphäre mit diesem Unterfangen, ehe am 16. Juni 2007 beide Organisationen zur Partei *DIE LINKE* auch tatsächlich miteinander verschmolzen. Wortgewaltig konnte Lafontaine für die LINKE erstrebenswerte Zustände in Aussicht stellen, wie z.B. die Absicht, das Parteiensystem mit der neuen Organisation gehörig aufzumischen. Auch konnte er eine kraftstrotzende Selbstwahrnehmung verbreiten: „Wir verändern die deutsche

Politik“⁸, wie Lafontaine zum Wohlgefallen seiner Genossen 2007 konstatierte. „Wir regieren doch längst von der Opposition aus“⁹, schmettete er den anderen Parteien, die ihn und die LINKE oft abschätzig beschieden hatten, trotz entgegen. 2011 stand die LINKE schließlich im Zenit: Im Deutschen Bundestag war sie mit fast achtzig Abgeordneten vertreten, in dreizehn von sechzehn Landesparlamenten stellte sie Fraktionen, war an zwei Landesregierungen beteiligt (Berlin und Brandenburg) und tolerierte eine dritte (Nordrhein-Westfalen). Ihretwegen sprechen Politologen mittlerweile ganz selbstverständlich vom Fünfparteiensystem. Dabei waren vor allem Wahlerfolge ein gewichtiger Faktor der innerparteilichen Gesamtstimmung und des öffentlichen Erscheinungsbildes der LINKEN. Denn sie gaben der Parteiführung die Möglichkeit, Siegesgewissheit und Selbstbewusstsein zu verströmen, ohne dabei realitätsfremd und übertrieben beschönigend zu wirken. Und das war für den Fusionsvorgang und die ersten Jahre danach ungemein wichtig für die Bestandskraft des Linksprojekts: Auch dokumentierte er diverse Entwicklungen als politische Erfolge und rief sie penetrant sowohl der Partei als auch der Öffentlichkeit ins Bewusstsein.¹⁰

Aber wie war all das, gemessen an der anfänglichen Skepsis etlicher politologisch Sachverständiger wie auch erfahrener Journalisten, möglich? Bis zum Jahr 2010 existierten mehrere Faktoren, welche die LINKE zu einer erfolgreichen, schlagkräftigen Formation machten: Erstens war da die disziplinierende Klammer der Parteifusion – die Absicht also, erstmals in der deutschen Geschichte eine wirkungsvolle Alternative zur SPD zu etablieren, die nicht nach kurzer Zeit wieder verschwunden ist und auch nicht das unbedeutende Dasein einer Randerschei-

8 Zitiert nach Mishra, Robin/Pragal, Peter (Interview mit Oskar Lafontaine): „Wir verändern die Politik“, in: Rheinischer Merkur, 12.07.2007.

9 Zitiert nach Deggerich, Markus/Feldenkirchen, Markus/Kaiser, Simone: Oskars fauler Zauber, in: Der Spiegel, 19.05.2008.

10 Siehe o.V. (Interview mit Oskar Lafontaine): Lafontaines Manifest, in: Die Welt, 14.04.2008.

nung fristet. Hierzu beschworen Bisky, Lafontaine und auch Gysi den geschichtsträchtigen Moment der Parteigründung. So stellte Lafontaine das Linksprojekt in den „Rahmen der Geschichte der Arbeiterbewegung“¹¹ und Gysi mahnte, dass man „bei den Wählern im Wort“ stehe.¹² Mit diesem Pathos des historischen Augenblicks sowie der Aussicht auf eine „wirkliche Vereinigung“¹³ Deutschlands in den Strukturen einer neuen Partei, erreichten sie, dass die Programmfrage aufgeschoben und dadurch innere Konflikte kleingehalten wurden. Bereits die schiere Absicht, nach der Bundestagswahl 2005 die kurzfristige Zusammenarbeit in eine gemeinsame Organisation münden zu lassen, war durch Lafontaine insofern erzwungen worden, als dass er die Kooperation von WASG und PDS zur Voraussetzung seines Wiedereinstiegs in die Politik und Austritts aus der SPD machte. Insoweit war die spätere LINKE nicht unwesentlich durch wiederholte Disziplinierungsmomente zustande gekommen.

Dazu gehörte auch, dass Pragmatiker das Ruder übernahmen und nicht nur offen aufmüpfige Gruppen wie den Berliner Landesverband der WASG mit dessen trotzkistischer Galionsfigur Lucy Redler, der sich einem Zusammenschluss mit der Berliner PDS widersetzte,¹⁴ majorisierten, sondern auch die Visionäre und Intellektuellen verdrängten, bei denen noch am Anfang, jedenfalls in der WASG, die Initiative gelegen hatte. Es kam sogar zu einer regelrechten Enteignung der geistigen Väter und Initiatoren des Linksprojekts: Von der Handvoll Visionäre, denen infolge der Schröder'schen Agenda 2010 seit dem Frühjahr 2003 eine politische Alternative zur SPD – die als neolibe-

11 Lafontaine zitiert nach Gajevic, Mira: Lafontaines Ritterschlag für die neuen Genossen, in: Berliner Zeitung, 29.08.2005.

12 Gysi zitiert nach Lohre, Matthias: Lafontaine ledert WASG ab, in: die tageszeitung, 05.12.2005.

13 Zitiert nach Kohl, Christiane: Vermittler zwischen den Linken, in: Süddeutsche Zeitung, 02.05.2006.

14 Vgl. Geisler, Astrid: Lucy, der Schrecken der WASG, in: die tageszeitung, 09.03.2006; Rademaker, Maike: Streit zwischen WASG und Linkspartei eskaliert, in: Financial Times Deutschland, 08.03.2006.

ral kompromittiert galt – und PDS – die dem Untergang nahe war – für die Bundestagswahl 2006 vorschwebte, schaffte es niemand, eine leitende Funktion einzunehmen, waren fast alle binnen kurzer Zeit von Gysi, Lafontaine & Co. an den Rand gedrängt worden. Von den Männern der ersten Stunde blieb nur Klaus Ernst in einer bedeutsamen Position übrig – doch auch er ist jenen zuzurechnen, denen die Fusion und eine vorteilhafte Außendarstellung der Partei wichtiger war, als eine ausführliche Programmfindung zu vollziehen. Ein weiterer WASG-Pionier, Axel Troost, behauptete immerhin sein Bundestagsmandat, das ihm die Zugehörigkeit zur weitläufigen Parteilite gewährte. Aber von den intellektuellen Urhebern war nach wenigen Jahren niemand mehr in irgendeiner einflussreichen Position zu finden: Ralf Krämer, Joachim Bischoff, letztlich auch Axel Troost: Sie alle wurden von den Politikvirtuosen Gysi und Lafontaine in den Schatten gestellt und beiseite geschoben. Ihrer erinnert sich heute kaum jemand mehr. Dabei waren sie doch die geistigen Väter des Projekts, zumindest der WASG. Sie stehen exemplarisch für diskursfreudige Strömungen in der Partei, die eine ganze Zeitlang kaum zu Wort kamen und wenig Einfluss auf den Kurs der Partei nahmen.

Die Gründungsphase der LINKEN war also nicht die Stunde der Vordenker, sondern der Parteimanager, die ihre Parteigenossen ständig ermahnten, die „politische Selbstbeschäftigung endlich zu beenden“¹⁵. Sie stoppten die Debatte über politische Standpunkte und konzentrierten alle Kräfte auf schnelle Wahl- und Organisationserfolge, mit denen sie Fakten schufen und die neue Partei auf die Beine stellten. Die Gründungsphase diente dabei als disziplinierendes Moment. Die Bemerkung: „wenn wir die Fusion erst einmal fertig haben“, war ein Satz, den man zwischen 2005 und 2007 von vielen Mitgliedern und Funktionären hören konnte. Denn sie alle erduldeten die Alleingänge der Parteispitze und die Vertagung der Programm-

15 Thomas Händel zitiert nach Meisner, Matthias: Grimmige Grüße aus Geseke, in: Der Tagesspiegel, 19.11.2006.